



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 6. Ratssitzung vom 17. Juni 2026

241. 2025/460

Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025: Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Moritz Bögli (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5217/2025): Die FDP-Fraktion hat sich einen Prüfauftrag in diesem Bereich gewünscht. Wir haben vorher schon viel über Jugendarbeit gesprochen. Diese richtet sich primär an Jugendliche bis 18 Jahre, also bis zur Volljährigkeit. Es ist aber so, dass Volljährigkeit nicht automatisch Selbstständigkeit bedeutet. Nur weil jemand gerade 18 Jahre alt geworden ist, fallen nicht alle potenziellen Probleme weg. In den Übergangsphasen ins Erwachsensein müssen Jugendliche sich mit neuen Herausforderungen und Schwierigkeiten auseinandersetzen. Ich spreche bewusst von Jugendlichen, auch wenn sie formal schon volljährig sind. Das betrifft etwa den Wechsel in die Berufsausbildung und danach ins Berufsleben, die erste Arbeitsstelle, den Auszug aus dem Elternhaus, aber auch neue psychosoziale Herausforderungen aufgrund veränderter Lebenssituationen. Gleichzeitig müssen sie ihre Finanzen und den administrativen Aufwand selber regeln. Viele dieser Jugendlichen finden sich in prekären und unsicheren Lebensphasen wieder, wenn sie sich mit solchen Herausforderungen konfrontiert sehen. Vom jetzigen System werden sie oft nicht erfasst. Im Gegensatz zum vorherigen Geschäft, wo der Missstand klar war und wir uns deshalb für eine Motion eingesetzt haben, halten wir es in diesem Bereich für sinnvoll zu prüfen, ob man den Begriff der Jugendarbeit ausdehnen könnte. Es geht darum, mehr Angebote bis zum Erreichen der Selbstständigkeit zu schaffen. Die Grenze haben wir beim Alter von 25 Jahren gesetzt. Wir hoffen, dass man die Jugendlichen so schon früh unterstützen und potenzielle Probleme präventiv angehen kann. Es ist wichtig, eine gewisse Kontinuität zu schaffen. Wenn Jugendliche über die Volljährigkeit hinaus an Orten, wo sie die Leute und Strukturen bereits kennen, Unterstützung bekommen, können wir ihnen gezielt unter die Arme greifen, was mittel- und langfristig eine grosse Wirkung entfaltet. Wir sind froh, dass der Stadtrat das auch so sieht. Unsere Lösung begleitet die Jugendlichen niederschwellig ins Erwachsenenalter und schafft gesamtgesellschaftlich einen Mehrwert.*



Rahel Hofstetter (GLP) begründet den von Ronny Siev (GLP) namens der GLP-Fraktion am 29. Oktober 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Der Übergang von der Jugend ins Erwachsenenalter ist zweifellos eine anspruchsvolle Phase, in der junge Menschen vor grossen Herausforderungen stehen, sei es in der Ausbildung, bei der Wohnungsfindung oder bei ihren Finanzen. Dennoch empfehlen wir das Postulat zur Ablehnung. Die Offene Jugendarbeit Zürich (OJA) ist konzeptionell, räumlich und pädagogisch auf Minderjährige ausgerichtet. Sie bietet Jugendlichen einen geschützten Rahmen zur Identitätsfindung. Wenn man diese Angebote formell für junge Erwachsene bis 25 Jahre öffnet, verändert man den Charakter dieser Treffpunkte grundlegend. Es besteht das Risiko, dass ältere junge Erwachsene die Teenager unabsichtlich aus diesem wichtigen Freiraum verdrängen. Zudem wollen wir die Effizienz der städtischen Angebote wahren. Volljährigen jungen Erwachsene stehen in Zürich bereits etablierte, spezialisierte Beratungs- und Integrationsstrukturen offen. Das geht von der Jugendberatung Zürich-Nord über das Jugendwohnnetz bis hin zum Arbeitsintegrationsprogramm des Sozialdepartements. Eine Ausweitung der OJA verwässert die knappen Ressourcen zulasten der Kernzielgruppe. Konzentrieren wir uns auf die Jugendlichen, die den geschützten Raum dringend benötigen.

Weitere Wortmeldungen:

Michele Romagnolo (SVP): Wir lehnen das Postulat ab. Die OJA hat einen klar definierten Auftrag, der sich an Minderjährige richtet. Mit der Volljährigkeit übernehmen junge Leute Verantwortung für ihr eigenes Leben. Sie sind erwachsen mit allen Rechten und Pflichten. Es ist nicht Sache des Staats, erwachsene Menschen im gleichen Rahmen wie Teenager zu betreuen. Die Zeit nach der Schule, der Lehre oder dem Studium ist genau die Phase, in der Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Reifung gefördert werden sollen. Wenn der Staat den Jungen in diesem Bereich zu viel abnimmt, nimmt er ihnen die Chance, selber zu lernen, mit Schwierigkeiten wie dem Jobstart, den Finanzen oder persönlichen Entscheidungen umzugehen. Nur wer das selber schafft, kann eine verantwortungsbewusste Person werden. Dazu kommt, dass es in der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitslandschaft schon viele Unterstützungsangebote für junge Erwachsene gibt. Wenn man die OJA ausweitet, entstehen doppelte Strukturen und mehr Kosten ohne ersichtlichen Zusatznutzen. Der Staat soll Selbstständigkeit, keine Abhängigkeit fördern.

Patrik Brunner (FDP): Moritz Bögli (AL), wir wollten beim Geschäft vorher einen Prüfauftrag. Leider ist das nicht durchgekommen. Die FDP sieht es durchaus als gesellschaftliche Verpflichtung an, Kinder, Jugendliche und Kleinkinder zu begleiten, bis sie 18 Jahre alt sind. Idealerweise sollten wir sie, wenn sie ganz jung sind, ganz eng begleiten, bspw. mit Gutscheinen für Kitas oder eben mit der OJA. Bis zum Alter von 18 Jahren sind wir mit im Boot. Ab 18 Jahren setzt bei uns der Glaube an den mündigen Bürger ein. Das ist einer der Grundwerte der FDP. Hat man es bis zu diesem Alter nicht geschafft, aus Kindern mündige Erwachsene zu machen, haben die Strukturen versagt. Man muss folglich diese Strukturen, die bei Minderjährigen ansetzen, verbessern, statt wahllos Geld und Ressourcen zu sprengen. Sonst bringt man den Menschen bei, dass Vater Staat sie immer auffängt. Bald folgt dann ein Postulat, das eine Erweiterung der OJA auf 30-jährige, 50-jährige oder 100-jährige Menschen fordert. Die FDP lehnt den Vorstoss ab.



3 / 3

Ruedi Schneider (SP): Bei den Voten meiner Vorredner*innen könnte man meinen, dass beim Erreichen der Volljährigkeit ein Schalter im Hirn umgelegt wird, der uns zu anderen Menschen macht. Wir wissen alle, dass das nicht stimmt. Es gibt Personen, die einige Jahre älter sind, aber froh wären, von diesen Angeboten profitieren zu können; gerade wenn sie Teil einer etwas jüngeren Freundesgruppe sind. Wir wollen, dass der niederschwellige Zugang zur OJA auch nach der Volljährigkeit möglich ist. Heute bricht viel weg, sobald man 18 Jahre alt wird, vor allem der Kontakt zu Vertrauenspersonen, der über Jahre aufgebaut wurde. Genau in dem Moment, wo sich die jungen Menschen in unserer komplexen Welt neu zurechtfinden müssen, sollen sie nicht allein gelassen werden. Diejenigen, die Unterstützung brauchen, sollen diese bekommen. Wir wissen, dass die Jugend heute enorm gefordert ist und es mehr psychisch belastete Jugendliche gibt. Die OJA hat immer wieder eine wichtige Triagefunktion. Sie merkt, wenn jemand Hilfe braucht, und vermittelt weiter, damit die Jugendlichen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Das kann über das 18. Lebensjahr hinaus gewährleistet werden.

Das Postulat wird mit 64 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat